

Ägypten fünfzehn Jahre nach dem 25.01.2011

Zum Gedenken an Ägyptens gescheiterte Revolution

Amirah El-Haddad

German Institute of Development and Sustainability (IDOS)



Bonn, 02. Februar 2026. **Ägyptens arabischer Frühling wurde zum Winter, als das Versprechen des 25. Januar 2011 zerschlagen wurde. Zum Gedenken an die Gefallenen müssen Ideale von Freiheit, Würde und sozialer Gerechtigkeit lebendig gehalten werden.**

Fünfzehn Jahre sind seit Beginn der ägyptischen Revolution vergangen, die am 25. Januar 2011 Präsident Mubarak stürzte. Statt von Feierlichkeiten sind die Jahrestage von Trauer geprägt, von erzwungenem Schweigen und stillem Gedenken an jene, die im Streben nach einem verratenen Traum gefallen sind. Die Revolution wurde demontiert, umgeschrieben und ihres Sinns entleert, wegen dem, was verloren ging und niemals Wirklichkeit wurde. Revolutionen werden nicht an Parolen oder Momenten kollektiver Euphorie gemessen, sondern

daran, ob sie radikale institutionelle Veränderungen bewirken, die über den Moment der Straße hinaus Bestand haben. Gemessen daran ist die Januarrevolution politisch, wirtschaftlich und moralisch gescheitert.

Machtkonzentration und institutionelle Umkehr

Sie gründete auf der Vision rechenschaftspflichtiger Herrschaft, verfassungsrechtlicher Machtbegrenzung und rechtlich verankerter Würde, nicht auf Angst. Seit 2013 geht das Land in die entgegengesetzte Richtung. Macht wurde erneut in der Exekutive konzentriert, die Gewaltenteilung aufgehoben und die Verfassung wiederholt geändert, um Amtsinhabern zu dienen. Dass der jetzige Präsident al-Sisi seine Herrschaft über 2030 hinaus verlängern könnte, ist nicht überraschend, sondern die logische Folge eines Systems, das verfassungsrechtliche Grenzen als vorübergehende Unannehmlichkeiten behandelt. Die Verfassung gilt nicht als bindender Gesellschaftsvertrag, sondern als flexibles Instrument militärischer Machtkontinuität.

Die menschlichen Kosten dieser politischen Umkehr sind erschütternd: Die Zahl politischer Gefangener sowie erzwungenes Verschwindenlassen, lang andauernde Untersuchungshaft und Massenprozesse übertreffen selbst die Zustände unter Mubarak. Terror ist zu einem Herrschaftsinstrument geworden. Die Angehörigen der Gefangenen warten ohne Informationen, rechtsstaatliche Verfahren oder Rechtsmittel. Ebenso besorgniserregend ist die systematische Unterordnung einst autonomer Institutionen. Die Justiz wurde durch rechtliche Eingriffe, selektive Rechtsdurchsetzung und Druck umgeformt. Ihre Funktion als unabhängiger Schiedsrichter ist geschwächt. Auch religiöse Institutionen sind versichert; Rekrutierung und Aufstieg hängen zunehmend von Sicherheitsfreigaben und politischer Konformität ab. Institutionelle Autonomie wird ausgehöhlt.

Auch die wirtschaftliche Bilanz ist ernüchternd. Die Revolution richtete sich gegen Ausgrenzung, Prekarität und die Konzentration von Privilegien. Fünfzehn Jahre später erdrückt die Inflation reale Einkommen, die Währung verlor massiv an Wert, und die öffentliche Verschuldung erreichte beispiellose Höhen, die die Lebensgrundlagen künftiger Generationen verpfänden. Wiederholte Abwertungen erodierte Ersparnisse; die Sozialsysteme hielten nicht mit. Für Millionen Menschen wurde der Alltag zum Überlebenskampf, nicht zu einem Raum der Hoffnung.

Gleichzeitig flossen enorme öffentliche Ressourcen in kapitalintensive, weithin sichtbare, aber ökonomisch wenig tragfähige, Megaprojekte. Immobilien, Großinfrastruktur und eine neue Verwaltungshauptstadt dominie-

ren das Entwicklungsnarrativ, während staatliche Schulen und Krankenhäuser verfallen und die Eliten Bildung und Gesundheitsfürsorge bei privaten Anbietern oder im Ausland einkaufen. Solche Investitionen mögen Symbolik erzeugen, lösen aber keine strukturellen Probleme. Sie beheben weder Defizite im Humankapital noch chronisch unterfinanzierte Bildungs- und Gesundheitssysteme oder einen privaten Sektor, der durch ungleichen Wettbewerb erstickt wird.

Fragiles Wachstum, sterile Investitionen

Am schädlichsten ist die systematische Blockade der Märkte. Statt die Wirtschaft zu entfesseln, verfestigte die Politik Markteintrittsbarrieren und schuf ungleiche Wettbewerbsbedingungen. Kompetitive Märkte, das Rückgrat von Beschäftigung und Innovation, bleiben die Ausnahme. Wo Regeln unzuverlässig und ungleich angewandt werden und staatsnahe Akteure privilegiert sind, verkümmert private Initiative. Investitionen werden spekulativ statt produktiv, Beschäftigung prekär. Ohne verlässliche Regeln und unabhängige Regulierung ersetzt auch Beton kein Vertrauen. Wachstum ohne Teilhabe ist fragil, Investitionen ohne Wettbewerb steril. Stabilität auf Repression und Ausgrenzung ist Stagnation unter Polizeischutz.

Besonders schmerzhaft ist dieses Scheitern, weil die Alternative nicht utopisch war. Die Ägypter*innen forderten einen Staat, der seine Gesetze respektiert, eine Wirtschaft, die Leistung statt Nähe zur Macht belohnt, und Institutionen, die den Bürger*innen dienen, statt sie zu disziplinieren.

Die im Januar Getöteten werden heute –wenn überhaupt – nur noch politisch-rhetorisch erinnert; die Prinzipien, für die sie einstanden, gelten als Bedrohung oder Verrat. Ihr Opfer wird seines politischen Gehalts beraubt und zur Legitimation jener Ordnung genutzt, gegen die sie sich wandten. Eine Generation, die sich ein anderes Ägypten vorzustellen wagte, wurde zum Schweigen gebracht, ins Exil gedrängt, inhaftiert oder zermürbt.

Den 25. Januar zu betrauern heißt nicht, in Nostalgie zu verfallen. Es heißt, sich Auslöschung zu verweigern. Es heißt darauf zu bestehen, dass die Forderungen nach Freiheit, Würde und sozialer Gerechtigkeit weder naiv noch zerstörerisch waren, sondern notwendig. Und es heißt, mit Klarheit statt Sentimentalität jener zu gedenken, die ihr Leben in dem Glauben verloren, dass Ägypten frei sein und seinen Menschen würdig sein könnte. Heute trauern wir um sie. Wir trauern auch um eine Revolution, deren Versprechen unter der Last der Vergangenheit begraben wurde.